



Antrag

der Fraktion der FDP

Derzeit keine Beitragserhöhungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Initiative der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu modernisieren und schlanker und transparenter zu gestalten. Dazu ist der 7. Medienänderungsstaatsvertrag ein Schritt, dem allerdings weitere Schritte konsequent folgen müssen.

Die Umsetzung der Reformen muss zu einer Kostensenkung bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und danach zu einer Absenkung der Beitragshöhe für die Bürgerinnen und Bürger führen. Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf, derzeit einer weiteren Beitragserhöhung nicht zuzustimmen.

Begründung:

Eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist überfällig. Nicht nur inhaltlich, was Auftrag, Funktion und Werte angeht, sondern auch hinsichtlich der Effizienz und des Kosten-Nutzen-Verhältnisses besteht Optimierungsbedarf. Selbstverständlich dürfen publizistische Leistungen und Qualität des Programms nicht unter Kosteneinsparungen leiden. Vor einer weiteren Beitragserhöhung sind allerdings die strukturellen Reformen anzugehen und Kosteneinsparungen zu realisieren. Erst anschließend ist der Bedarf der öffentlich-rechtlichen Anstalten erneut zu erheben erst dann sind Beiträge gegebenenfalls anzupassen. Bis zu diesem Zeitpunkt haben Beitragserhöhungen zu unterbleiben.

Dr. Bernd Buchholz
und Fraktion